



-Berlin aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

„Die Östliche Partnerschaft der EU richtet sich gegen niemanden!“

Angela Merkel: Russland muss Entscheidungen souveräner Staaten akzeptieren

In einer Regierungserklärung formulierte Bundeskanzlerin Angela Merkel in dieser Woche die Positionen der Bundesregierung zum EU-Gipfel zur sog. „Östlichen Partnerschaft“ der EU und zum G7-Treffen Anfang Juni im bayerischen Elmau.

Nur eineinhalb Jahre sind vergangen, seit sich die EU-Staats- und Regierungschefs mit ihren Kollegen aus den östlichen Partnerstaaten Ukraine, Moldau, Georgien, Armenien, Aserbaidschan und Weißrussland zuletzt trafen. Doch seit November 2013 hat sich in Mittel- und Osteuropa Entscheidendes verändert: Russland hat die Krim annektiert, im Osten der Ukraine führen von Russland unterstützte Separatisten einen Stellvertreterkrieg. Vor ihrem Abflug zu dem Gipfeltreffen in Riga erklärte die Bundeskanzlerin, dass die Idee der Östlichen Partnerschaft heute wichtiger denn je sei.

Zugleich betont sie, dass die Bundesregierung die sechs Staaten auch weiterhin auf ihrem Weg zu mehr Demokratie, einer wirksamen Bekämpfung der Korruption, einer Stärkung des Justizwesens und einer Verbesserung der Wirtschaftsstrukturen unterstützen werde. Mit Blick auf eine mögliche Aufnahme dieser Staaten in die EU warnte Angela Merkel aber vor überzogenen Hoffnungen: „Wir dürfen keine falschen Erwartungen wecken, die wir dann später nicht erfüllen können.“

Zugleich betonte die Bundeskanzlerin, dass sich die Östliche Partnerschaft gegen niemanden richte, „insbesondere nicht gegen Russland.“ Zwischen einer Annäherung dieser Länder an die EU und dem russischen Wunsch nach einer engeren Zusammenarbeit gebe es keinen Widerspruch. Die EU sei bereit, über Sorgen,

etwa beim Thema Handel, mit dem Kreml zu reden. Wenn sich die Nachbarländer jedoch der EU annähern wollten, dann sei das deren souveräne Entscheidung. „Niemand hat das Recht, ihnen diesen selbst gewählten Weg zu verstellen“, mahnte die Bundeskanzlerin. Ein Denken in Einflussphären sei im 21. Jahrhundert nicht mehr hinnehmbar. Auch Volker Kauder betonte in der anschließenden Aussprache, dass das Selbstbestimmungsrecht der Völker durch niemanden eingeengt und bedroht werde.

Die Entwicklung in der Ukraine ist auch der Grund, warum Russland zum Gipfel der sieben führenden Industrienationen am 6. und 7. Juni in Elmau nicht eingeladen wurde. Merkel verteidigte diesen Ausschluss mit den Worten: „Die G7 ist eine Gemeinschaft der Werte. Dazu gehört, dass wir das Völkerrecht und die territoriale Integrität der Staaten achten.“ Die Annexion der Krim sei damit nicht in Einklang zu bringen. Wenn Moskau seine Haltung nicht ändere, ist eine Wiederaufnahme Russlands in den Kreis der führenden Industrienationen für Merkel „nicht denkbar“.

Als Themen des G7-Gipfels nannte die Bundeskanzlerin neben der Ukraine-Krise die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus, die Lage im Nahen und Mittleren Osten sowie die Ausgestaltung der Entwicklungspolitik. Sie betonte, dass das Gipfeltreffen mehr sei als aktuelle Krisendiplomatie. Daher steht auch die Unterstützung der Gesundheitssysteme in Entwicklungsländern auf der Tagesordnung des Treffens. Die Ebola-Epidemie müsse „ein Weckruf für uns alle sein“, so die Bundeskanzlerin. Abschließend drang Angela Merkel auf rasche Fortschritte bei den Verhandlungen der EU mit den USA über TTIP.

Gezielter gegen Schleuser-Kriminalität vorgehen

Die EU-Außenminister haben eine EU-Mission zur Bekämpfung von Schleuserkriminalität und Menschen-smuggel im südlichen Mittelmeer beschlossen, die es ermöglicht, Schleusernetzwerke im südlichen Mittelmeer auch mit Hilfe einer militärischen Mission zu zerschlagen. Der Einsatz der Europäischen Union wird auf Grundlage des internationalen Rechts erfolgen. Deswegen ist von der EU und damit auch vom deutschen Außenminister alles zu unternehmen, damit der UN-Sicherheitsrat sobald wie möglich ein Vorgehen gegen Schlepperbanden durch eine entsprechende Resolution genehmigt. Natürlich geht es darum, die vielfältigen Ursachen für Migration vor Ort zu beseitigen und dafür mit den Staaten Afrikas enger zusammenzuarbeiten. Dennoch wird das Problem der Schleuserkriminalität bleiben, falls dagegen nicht gezielt vorgegangen wird. Sonst werden – wie in den letzten Monaten – weiterhin Tausende Flüchtlinge im Mittelmeer den Tod finden. ■

Tarifeinheitsgesetz beschlossen

Mit einem neuen Gesetz zur sog. „Tarifeinheit“ sollen Tarifkonflikte mehrerer Gewerkschaften in einem Betrieb künftig verhindert werden. Ziel des auch innerhalb der Unionsfraktion kontrovers diskutierten Gesetzes soll es sein, die Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie zu sichern. Diese wird aktuell gefährdet, wenn in einem Unternehmen mehrere Gewerkschaften für eine Berufsgruppe Tarifabschlüsse durchsetzen wollen und es dabei zu „Kollisionen“ kommt. Das Gesetz sieht nun vor, die Tarifeinheit in einem Betrieb im Falle von Konflikten nach dem Mehrheitsprinzip zu ordnen. Können sich Gewerkschaften mit sich überschneidenden Tarifverträgen nicht einigen, soll künftig nur der Tarifvertrag der Gewerkschaft gelten, die im Betrieb die meisten Mitglieder hat. Die Belange der Minderheitsgewerkschaften sollen durch „flankierende Verfahrensregeln“ berücksichtigt werden. Dazu gehören ein vorverlagertes Anhörungsrecht gegenüber der verhandelnden Arbeitgeberseite und ein nachgelagertes Nachzeichnungsrecht. Mit diesem soll Nachteilen entgegengewirkt werden, die einer Gewerkschaft durch die Verdrängung ihres bereits abgeschlossenen Tarifvertrages durch die gesetzliche Tarifeinheit entstehen. Bestehenden Tarifverträgen wird darüber hinaus bis zu einem Stichtag ein Bestandsschutz gewährt. ■

„Nicht auf den Lorbeeren ausruhen“ – IWF hebt Wachstumsprognose für Deutschland

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat die Wachstumsprognose für Deutschland auf 1,6% für dieses Jahr und 1,7% für 2016 erhöht. In einer aktuellen Stunde des Bundestages am Mittwoch zeigten sich die Redner der Union über diese Entwicklung erfreut, warnten aber gleichzeitig davor, sich auf den Lorbeeren auszuruhen. Notwendig seien vielmehr öffentliche Investitionen in Forschung, Bildung und Infrastruktur sowie gute Rahmenbedingungen für junge innovative Unternehmen. Der IWF hatte seine Prognose für Deutschland gegenüber der Januar-Schätzung um 0,3 bzw. 0,2 Prozentpunkte angehoben. Die Unionsredner betonten, dass dies zwar auch Folge des niedrigen Ölpreises, der niedrigen Zinsen und des starken Euro-Kurses sei. Zugleich hätte die Bundesregierung nach der Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2009/10 ihre Hausaufgaben gemacht: Mit Investitionsanreizen für kleine und mittelständische Unternehmen, der Haushaltskonsolidierung und dem Verzicht auf Steuererhöhungen haben die unionsgeführten Bundesregierungen dafür gesorgt, dass Deutschland die Krise besser und schneller als alle übrigen Länder Europas überwunden hat. Diesen Erfolg dürfen wir nicht kleinreden! ■

Einbruchsschutz wird gefördert

Im letzten Jahr gab es nach der polizeilichen Kriminalstatistik über 150.000 Wohnungseinbrüche. Über 40 % davon wurden im Versuchsstadium abgebrochen. Das zeigt, wie wirksam ein guter Schutz von Wohnung oder Haus sein kann. Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat nun ein Programm in Höhe von 30 Mio. Euro beschlossen, das den passiven Einbruchsschutz finanziell fördert. Mit der finanziellen Förderung könnten beispielsweise Schlösser verbessert oder Türen und Fenster verstärkt werden. Mieter und Eigentümer können dafür voraussichtlich schon ab Herbst einen Zuschuss von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) beantragen. Bereits im laufenden Jahr stehen für das Programm 10 Millionen Euro zur Verfügung. Mieter und Eigentümer können einen Zuschuss in Höhe von 20 % ihrer Investitionssumme für das Material beantragen, wenn sie mindestens 500 Euro investieren. Die Arbeitskosten der Handwerker könnten zudem wie bisher bei der Steuererklärung berücksichtigt werden. Sollten die Mittel erschöpft sein, könnte das Programm sogar noch aufgestockt werden. ■